

**Ortsübliche Bekanntmachung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB  
des Satzungsbeschlusses, der Genehmigung und des Inkrafttretens des  
Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Lagerplatz – Schuck Bau“  
Stadt Herrnhut  
Satzungsplan vom 07.03.2024  
Planfassung vom 19.10.2023/08.02.2024**

Der Stadtrat der Stadt Herrnhut hat in seiner Sitzung am 07.03.2024 den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Lagerplatz – Schuck Bau“ bestehend aus Teil A – Planzeichnung (Vorhaben- und Erschließungsplan als Vorhabenbezogener Bebauungsplan) und Teil B - Textliche Festsetzungen durch Abwägungs- und Satzungsbeschluss als Satzung beschlossen. Die Begründung Teil I und II zum Bebauungsplan wurde mit Beschluss des Stadtrates vom 07.03.2024 gebilligt.

Der Beschluss der Satzung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Lagerplatz – Schuck Bau“ wird hiermit bekannt gemacht.

Für das Verfahren zur Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes wurde das reguläre Verfahren nach § 2 BauGB mit frühzeitiger und förmlicher Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden angewendet. Im Rahmen des Verfahrens wurde gemäß § 2 Absatz 4 BauGB eine Umweltprüfung durchgeführt, deren Ergebnisse im Umweltbericht beschrieben und bewertet wurden. Eine zusammenfassende Erklärung wird gemäß § 10a Abs. 1 BauGB dem in Kraft getretenen Bebauungsplan beigelegt.

Der vom Stadtrat Herrnhut am 07.03.2024 beschlossene Vorhabenbezogene Bebauungsplan in der Fassung vom 19.10.2023/08.02.2024 ist durch Ablauf der Genehmigungsfrist am 03.06.2024 gemäß § 10 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 6 Abs.4 Satz 4 BauGB fiktiv genehmigt und wurde mit Schreiben des Landratsamtes, Amt für Infrastruktur und Mobilität, vom 03.06.2024 der Stadt Herrnhut mitgeteilt.

**Die Erteilung der Genehmigungsfiktion wird hiermit bekannt gemacht. Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan „Lagerplatz – Schuck Bau“ tritt mit der Bekanntmachung nach § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.**

Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan liegt im Rathaus der Stadt Herrnhut, Löbauer Straße 18, 02747 Herrnhut, während folgender Zeiten zu jedermanns Einsicht öffentlich aus:

Montag:	9:00 – 12:00 und 13:00 – 15:00 Uhr
Dienstag:	9:00 – 12:00 und 13:00 – 18:00 Uhr
Mittwoch:	geschlossen
Donnerstag:	9:00 – 12:00 und 13:00 – 17:00 Uhr
Freitag:	9:00 – 12:00 Uhr

Entsprechend § 10a Abs. 2 BauGB wird der in Kraft getretene Vorhabenbezogene Bebauungsplan mit der Begründung und Umweltbericht ergänzend auch in das Internet eingestellt.

Landesportal Sachsen: <https://buerbeteiligung.sachsen.de/portal/bplan/beteiligung/themen>

Homepage der Stadt Herrnhut: <http://www.herrnhut.de/>

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Nr. 1 – 4 und Abs. 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel in der Abwägung nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB in dem zum Zeitpunkt des Inkrafttretens erforderlichen Umfang sind gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1 – 3 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Herrnhut geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche im Falle der in den §§ 39 - 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen, wenn der Antrag nicht innerhalb der Frist von drei Jahren gestellt ist, wird hingewiesen.

#### Hinweis auf § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten 1 Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 SächsGemO geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Stadt Herrnhut, den 20.06.2024

gez. Willem Riecke  
Bürgermeister

